

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2014/14600]

**24 OKTOBER 2012. — Koninklijk besluit
betreffende de Ombudsdienst voor treinreizigers
Duitse vertaling**

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 24 oktober 2012 (*Belgisch Staatsblad* van 13 november 2012).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2014/14600]

**24 OCTOBRE 2012. — Arrêté royal
relatif au Service de médiation pour les voyageurs ferroviaires
Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 24 octobre 2012 relatif au Service de médiation pour les voyageurs ferroviaires (*Moniteur belge* du 13 novembre 2012).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2014/14600]

24. OKTOBER 2012 — Königlicher Erlass über den Ombudsdienst für Bahnreisende — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 24. Oktober 2012 über den Ombudsdienst für Bahnreisende.

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

24. OKTOBER 2012 — Königlicher Erlass über den Ombudsdienst für Bahnreisende

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, Artikel 37 und 107 Absatz 2;

Aufgrund des Gesetzes vom 28. April 2010 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 17 § 2 Absatz 2, § 3 und 6 Absatz 1;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. Februar 2011 zur Festlegung der Modalitäten für die Arbeitsweise des Ombudsdienstes für Bahnreisende während des in Artikel 18 des Gesetzes vom 28. April 2010 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen erwähnten Übergangszeitraums;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 19. Oktober 2011;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für den Öffentlichen Dienst vom 2. April 2012;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 18. April 2012;

Aufgrund der Stellungnahme des Direktionsausschusses vom 18. Juni 2012;

Aufgrund des Protokolls des Sektorenausschusses VI vom 29. Juni 2012;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 51.289/4 des Staatsrates vom 23. Mai 2012, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin des Innern und des Staatssekretärs für Mobilität,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Für die Ausführung und die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter:

- "Gesetz": das Gesetz vom 28. April 2010 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen;

- "Ombudsdienst": der in Artikel 11 des Gesetzes erwähnte Ombudsdienst für Bahnreisende;

- "FÖD": der Föderale Öffentliche Dienst Mobilität und Transportwesen;

- "Minister": der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört.

Art. 2 - Der Ombudsdienst wird innerhalb des FÖD geschaffen.

KAPITEL 2 — *Auswahl und Benennung der Ombudsmänner*

Art. 3 - Der Minister legt die Funktionsbeschreibung und das Kompetenzprofil der Funktion eines Ombudsmannes beim Ombudsdienst fest.

Art. 4 - Um sich für die Funktion des Ombudsmannes zu bewerben, müssen die Bewerber die Zulassungsbedingungen erfüllen, die erforderlich sind, um als Staatsbediensteter Niveau A eingestellt zu werden.

Sie müssen darüber hinaus nachweisen, dass sie über zweckdienliche in der Funktionsbeschreibung geforderte Berufserfahrung verfügen.

Die Auswahl des Ombudsmannes wird von SELOR, dem Auswahlbüro der Föderalverwaltung, auf Grundlage der Funktionsbeschreibung und dem Kompetenzprofil, die vom Minister festgelegt sind, getroffen.

Art. 5 - Der Ombudsmann leistet den Eid vor dem Minister.

KAPITEL 3 — *Verwaltungs- und Besoldungsstatut der Ombudsmänner*

Art. 6 - Die Ombudsmänner haben Recht auf einen Jahresurlaub von 26 Tagen.

Sie kommen in den Genuss von Urlaubsgeld unter denselben Bedingungen wie die Staatsbediensteten.

Sie kommen in den Genuss von umstandsbedingtem Urlaub, Mutterschaftsurlaub und Elternschaftsurlaub unter denselben Bedingungen wie die Staatsbediensteten.

Art. 7 - Die Ombudsmänner werden nach der in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 9. Oktober 1992 über den Ombudsdienst in bestimmten autonomen öffentlichen Unternehmen festgelegten Gehaltstabelle entlohnt.

Art. 8 - Die Ombudsmänner werden sechs Monate vor Ende ihres Mandats unter anderem auf Grundlage der Ergebnisse des in Artikel 9 vorgesehenen Audits durch den Minister bewertet.

Die Ombudsmänner werden vom König durch einen im Ministerrat beratenen Erlass für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren ernannt.

Der Minister kann das Mandat über einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten verlängern.

Art. 9 - Die Ombudsmänner übergeben dem Minister jährlich spätestens am 30. Juni einen durch eine unabhängige Stelle erstellten Auditbericht über die Arbeitsweise des Ombudsdienstes für Bahnreisende in Bezug auf das vorige Jahr.

Art. 10 - Die Ombudsmänner dürfen nach ihrem 65. Lebensjahr nicht in Dienst bleiben. Der Minister kann jedoch von dieser Regel für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten in Erwartung eines Stellvertreters abweichen.

KAPITEL 4 — *Personelle und materielle Mittel*

Art. 11 - § 1 - Um die Kontinuität des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, stellt die NGBE-Holding die früher zur Verfügung des Ombudsdienstes bei der NGBE gestellten Personalmitglieder der NGBE-Holding dem Ombudsdienst zur Verfügung, gemäß dem Königlichen Erlass vom 23. Februar 2011 zur Festlegung der Modalitäten für die Arbeitsweise des Ombudsdienstes für Bahnreisende während des in Artikel 18 des Gesetzes vom 28. April 2010 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen erwähnten Übergangszeitraums.

Es kann keine Stellvertretung durch andere von der NGBE-Holding zur Verfügung gestellten Personen mehr erfolgen, unbeschadet des Königlichen Erlasses vom 7. März 2007 zur Organisation der vergleichenden Auswahl und des Amtsantritts im föderalen administrativen öffentlichen Dienst bestimmter statutarischer Bediensteter von autonomen öffentlichen Unternehmen.

Die zwischen dem FÖD und der NGBE-Holding geschlossene Vereinbarung in Anwendung von Artikel 9 des oben genannten Königlichen Erlasses vom 23. Februar 2011 findet weiterhin Anwendung auf die Rückerstattung der durch die NGBE-Holding getätigten Ausgaben zugunsten von den im ersten Absatz erwähnten Personalmitgliedern.

§ 2 - Die Indienststellung der Personalmitglieder erfolgt nach Beratung zwischen dem Vorsitzenden des FÖD und den Ombudsmännern.

Der Ombudsdienst umfasst höchstens 10 Personalmitglieder.

§ 3 - Während ihrer Indienststellung stehen die Personalmitglieder unter der Verantwortung der Ombudsmänner.

Die Ombudsmänner erteilen den Vorgesetzten der Personalmitglieder aus Eigeninitiative oder auf Anfrage des Vorgesetzten alle nützlichen Informationen zur Verfolgung ihrer Laufbahn.

§ 4 - Der FÖD stellt die Büros und die erforderlichen materiellen Mittel dem Ombudsdienst zur Verfügung.

KAPITEL 5 — *Verfahrensmodalitäten für die Beschwerdebearbeitung*

Art. 12 - Gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Gesetzes, wird die Beschwerde entweder per Brief, per Fax oder mithilfe eines elektronischen Formulars des Ombudsdienstes oder mündlich und persönlich eingereicht.

Die Beschwerde beinhaltet die folgenden Elemente:

1. die Identität und die Adresse des Klägers;
2. eine Darlegung der Ereignisse;
3. alle Schriftstücke, die der Kläger für notwendig erachtet.

Art. 13 - Wenn, in Anwendung der Artikel 12 und 15 des Gesetzes, der Ombudsdienst die Beschwerde nicht bearbeitet oder die Bearbeitung hiervon nicht fortsetzt, informiert er den Kläger darüber schriftlich, unter Angabe der Gründe innerhalb eines Monats, ab dem Eingang der Beschwerde.

Art. 14 - § 1 - Der Ombudsdienst informiert das Eisenbahnunternehmen oder den Eisenbahnbetreiber, gegen das/den die Beschwerde eingereicht wurde.

Das Eisenbahnunternehmen oder der Eisenbahnbetreiber haben Einsichtsrecht in die vom Ombudsdienst angelegte Akte. Falls diese Akte vertrauliche Daten enthält, werden diese zuvor durch den Ombudsdienst entfernt.

Das Eisenbahnunternehmen oder der Eisenbahnbetreiber kann seinen Standpunkt schriftlich geltend machen.

§ 2 - Der Ombudsdienst kann dem Kläger eine Einsicht in die durch ihn angelegte Akte erlauben. Falls diese Akte vertrauliche Daten enthält, werden diese zuvor durch den Ombudsdienst entfernt.

Art. 15 - Der Ombudsdienst lädt vor und hört an, falls er dies als erforderlich erachtet, den Kläger persönlich, das Eisenbahnunternehmen oder den Eisenbahnbetreiber, die von der Beschwerde betroffen sind. In diesem Fall kann jede Partei sich von einer Person ihrer Wahl Beistand leisten lassen.

Art. 16 - Der Königliche Erlass vom 23. Februar 2011 zur Festlegung der Modalitäten für die Arbeitsweise des Ombudsdienstes für Bahnreisende während des in Artikel 18 des Gesetzes vom 28. April 2010 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen erwähnten Übergangszeitraums wird aufgehoben.

Art. 17 - Vorliegender Erlass tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 18 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 24. Oktober 2012

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Innern

Frau J. MILQUET

Der Staatssekretär für Mobilität

M. WATHELET

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2014/14610]

19 APRIL 2014. — Koninklijk besluit tot toewijzing van een subsidie van 275.000 EUR aan de Stad Brussel in toepassing van bijakte nr. 11 van het Samenwerkingsakkoord van 15 september 1993 tussen de Federale Staat en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, betreffende bepaalde initiatieven bestemd om de internationale rol en de functie van hoofdstad van Brussel te bevorderen

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op wet van 19 december 2013 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2014, en inzonderheid op artikel 2.33.3;

Gelet op de wet van 22 mei 2003 houdende organisatie van de begroting en van de comptabiliteit van de federale Staat, inzonderheid op de artikelen 121 tot 124;

Gelet op het Samenwerkingsakkoord van 15 september 1993 tussen de Federale Staat en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, betreffende bepaalde initiatieven bestemd om de internationale rol en de functie van hoofdstad van Brussel te bevorderen, en meer in het bijzonder zijn bijakte nr. 11;

Gelet op het koninklijk besluit van 16 november 1994 betreffende de administratieve en budgettaire controle;

Gezien de tussenkomst van het samenwerkingsakkoord BELIRIS in het wijkcontract "Masui" (programma opgesteld door de Stad Brussel en goedgekeurd door het Brussels Hoofdstedelijk Gewest) 2.750.000 € bedraagt;

Overwegende dat het begrotingsprogramma van de huidige bijakte bij het Samenwerkingsakkoord van 15 september 1993 in zijn hoofdstuk 4 – Herwaardering van Wijken, een bedrag voorziet van 2.575.000 EUR voor de verwezenlijking van wijkcontract "Masui";

Gezien de noodzaak het totale budget ten laste van het samenwerkingsakkoord vrij te geven in verschillende schijven waarbij elke schijf het voorwerp uitmaakt van een afzonderlijk koninklijk besluit van subsidie;

Overwegende dat het programma van dit wijkcontract werd goedgekeurd door de Gewestregering op 24 december 2010 en gewijzigd werd op datum van 21 december 2012;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën van 10 januari 2014;

Op de voordracht van Onze Vice-Eerste Minister en Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid, belast met Beliris en de Federale Culturele Instellingen,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. § 1. Een subsidie van tweehonderd vijftienzeventigduizend euro, (275.000 EUR) wordt toegekend aan de Stad Brussel.

§ 2. De subsidie onder paragraaf 1 wordt geboekt op de basisallocatie 33.55.22.63.31.16 van de algemene uitgavenbegroting van de FOD Mobiliteit en Vervoer van 2014.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2014/14610]

19 AVRIL 2014. — Arrêté royal visant l'octroi d'une subvention de 275.000 EUR à la Ville de Bruxelles en application de l'avenant n° 11 de l'Accord de Coopération du 15 septembre 1993 entre l'Etat fédéral et la Région de Bruxelles-Capitale, relatif à certaines initiatives destinées à promouvoir le rôle international et la fonction de capitale de Bruxelles

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 19 décembre 2013 contenant le budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2014, et notamment l'article 2.33.3;

Vu la loi du 22 mai 2003 portant organisation du budget et de la comptabilité de l'Etat fédéral, notamment les articles 121 à 124;

Vu l'Accord de Coopération du 15 septembre 1993 entre l'Etat fédéral et la Région de Bruxelles-Capitale, relatif à certaines initiatives destinées à promouvoir le rôle international et la fonction de capitale de Bruxelles, et particulièrement son avenant n° 11;

Vu l'arrêté royal du 16 novembre 1994 relatif au contrôle administratif et budgétaire;

Vu l'intervention de l'Accord de Coopération BELIRIS dans le Contrat de quartier « Masui » (programme élaboré par la Ville de Bruxelles et approuvé par la Région de Bruxelles-Capitale) s'élevant à 2.750.000 €;

Considérant que le programme budgétaire de l'avenant actuel à l'Accord de Coopération du 15 septembre 1993 prévoit, dans son chapitre 4 – Revitalisation des Quartiers, un montant de 2.575.000 EUR pour la réalisation du contrat de quartier « Masui »;

Vu la nécessité de libérer le budget total à charge de l'accord de coopération en plusieurs tranches, chacune faisant l'objet d'un arrêté royal de subvention;

Considérant que le programme de ce contrat de quartier a été approuvé par le Gouvernement régional en date du 24 décembre 2010 et modifié en date du 21 décembre 2012;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 10 janvier 2014;

Sur la proposition de Notre Vice-Première Ministre et Ministre des Affaires sociales et de la Santé publique, chargée de Beliris et des Institutions culturelles fédérales,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. § 1^{er}. Une subvention de deux cent septante-cinq mille euros, (275.000 EUR) est accordée à la Ville de Bruxelles.

§ 2. La subvention visée au paragraphe 1^{er} est imputée au Budget Général des Dépenses de l'année 2014 du SPF Mobilité et Transports, allocation de base 33.55.22.63.31.16.